

Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich des Dreikönigsempfangs des Katholikenausschusses am 13. Januar 2014, 19:30 Uhr, Senatshotel, Unter Goldschmied 9-17

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Stadtdechant Monsignore Kleine,
sehr geehrte Frau Bartscherer,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, heute bei Ihnen zu sein und wünsche Ihnen für das neue Jahr viel Glück, Zufriedenheit und Gottes Segen.

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich aus der Neujahrsansprache von Papst Franziskus zitieren: „Wir sind aufgerufen, uns der Gewalt und Ungerechtigkeiten in vielen Teilen der Welt bewusst zu werden, denen wir nicht gleichgültig und tatenlos gegenüberstehen können. [...] Jeder von uns muss sich einbringen, damit wir eine wirklich gerechte und solidarische Gesellschaft schaffen können.“

Meine Damen und Herren, Sie alle kennen die Bilder aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt. Die Menschen, die von dort fliehen, haben Menschenrechtsverletzungen erlitten oder wollen dem Elend und der Perspektivlosigkeit für sich und ihre Kinder entkommen. Sie geben ihr gesamtes soziales Umfeld auf und gehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Aber sie gehen mit der Hoffnung, dass die Lebensumstände, die sie erwarten, besser sein werden, als die, vor denen sie fliehen mussten.

In Deutschland sind die weltweit bekannten Großstädte wie Berlin, Hamburg, München oder Köln die erste Anlaufstelle für viele Menschen. Nordrhein-Westfalen hat eine Aufnahmequote von gut 21 Prozent der Flüchtlinge für das gesamte Bundesgebiet zu erfüllen. Köln werden davon 5 Prozent durch die Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen.

Im letzten Jahrzehnt war in Köln mit mehr als 4.000 Flüchtlingen im Jahr 2004 der Höchststand erreicht. Die Stadt hat sich damals ihrer Verantwortung gestellt und den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen gegründet. Bereits 10 Jahre arbeiten in diesem Gremium jetzt Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, Interessengruppen und die Polizei konstruktiv und lösungsorientiert gemeinsam an diesem komplexen Thema.

So erarbeitete der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen die Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen; diese wurden vom Rat verabschiedet und sind uns auch heute noch Richtschnur für unser Handeln.

In den folgenden Jahren gingen die Zugangszahlen von Flüchtlingen zurück, so dass viele der inzwischen völlig maroden Unterkünfte aufgegeben werden konnten. Mehr als 3.400 Menschen konnten seither in Wohnungen umziehen.

Im Jahr 2009 hat die Stadt wieder verstärkt Maßnahmen zur Sicherung der Aufnahme- und Unterbringungsverpflichtungen eingeleitet. Die steigenden Flüchtlingszahlen seit 2010 machten den akuten Handlungsbedarf deutlich.

Der Rat der Stadt Köln hat daher im Jahre 2011 auf der Grundlage der Leitlinien ein Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen beschlossen. Im Einzelnen betrifft dies

- bestanderhaltende Maßnahmen,
- zusätzliche Instandsetzungs- und Betreuungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege,
- bestandserhöhende Maßnahmen sowie
- ein Auszugsmanagement ebenfalls in Kooperation mit den freien Trägern; trotz Wohnungsknappheit funktioniert dies gut.

Meine Damen und Herren,

wie wir alle wissen, nahm in den letzten Monaten die Zahl der Flüchtlinge stark zu.

Mit rund 3.000 Flüchtlingen hat diese nun einen neuen Höchststand erreicht.

Darunter sind circa 280 Menschen, die zurzeit auf ihre Zuweisung warten.

Inzwischen sind unsere Aufnahmekapazitäten mehr als erschöpft, und wir können damit die Leitlinien nicht mehr im vollen Umfang einhalten. Nur der in 2010 begonnenen Hotelunterbringung ist es zu verdanken, dass wir unserer Aufnahmeverpflichtung überhaupt nachkommen können.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Flüchtlinge wie im letzten Jahr weiter entwickelt und so pro Jahr rund 800 Flüchtlinge zusätzlich in Köln unterzubringen sind. Gleichzeitig ist eine adäquate, menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Menschen für uns nicht verhandelbar. Daher dürfen unsere Anstrengungen, neue Objekte zur Unterbringung zu finden bzw. geeignete Grundstücke zu bebauen, nicht nachlassen.

Aufgrund dieser Situation habe ich eine Task Force in der Stadtverwaltung eingerichtet, in der sich wöchentlich alle beteiligten Amtsleiter treffen. Das Ziel ist die schnelle Abstimmung und Umsetzung aller derzeitig möglichen Vorhaben.

In der Task Force werden neue Objekte und Grundstücke auf ihre Eignung zur Unterbringung von Flüchtlingen geprüft. Diese Prüfung ist generell komplex und bedarf daher einer gewissen Zeit. So müssen zum Beispiel das bestehende Bau- und Planungsrecht und die vorliegende Erschließung berücksichtigt werden; auch die Infrastruktur muss erfasst und das Grundstück unter Umständen eingemessen werden. Bei nicht-städtischen Grundstücken sind zusätzlich Miet- oder Pachtverträge zu verhandeln. Verläuft die Prüfung positiv, und das Grundstück oder Objekt ist geeignet, werden im nächsten Schritt die politischen Gremien einbezogen und die Anwohner informiert. Erst dann können Baumaßnahmen konkret beauftragt werden.

Meine Damen und Herren,

dankenswerterweise beteiligen sich auch die beiden großen Kirchen an der Lösung dieser Problemlage. Sie bieten uns Gebäude und Grundstücke aus ihrem eigenen Bestand zur Prüfung an. Daneben unterstützen sie die Betreuung und Integration von Flüchtlingen auf vielen Ebenen: über die Wohlfahrtsverbände aber vor allem auch tagtäglich in den Gemeinden, als unbezahlbarer und ganz wichtiger Bestandteil einer gelebten Willkommenskultur.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang herzlich bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die durch ihr großes persönliches Engagement die Familien dabei unterstützen, sich in unserer Stadt willkommen zu fühlen, sich einzuleben und neue Kontakte zu schließen. Dieses Engagement und die Hilfestellung auf kleinster Ebene, im nachbarschaftlichen Umfeld, der Gemeinde und im Stadtteil, ist das Fundament einer sozialen und gerechten Welt – so wie es auch Papst Franziskus in seiner Rede einfordert.

Meine Damen und Herren,
Solidarität mit Menschen in Not, Solidarität mit Menschen, die aufgrund von Verfolgung, Krieg, Hunger, wirtschaftlicher Not und Diskriminierung aus ihrer Heimat fliehen und bei uns Schutz für sich und ihre Familien suchen – dies ist unsere soziale und christliche Verpflichtung und die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dabei gilt es auch zu beachten, dass den Bedürfnissen der Kölner Bürgerinnen und Bürgern Rechnung getragen wird. Die Unterbringung der Flüchtlinge muss für die aufnehmende Nachbarschaft und für die neuen Kölner Bürgerinnen und Bürger selbst so gestaltet sein, dass der Erhalt der familiären Strukturen, Bildungs- und Freizeitangebote für die Kinder sowie der Spracherwerb gewährleistet werden können. Denn dieses sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Integration. Ich möchte und kann keine Luftschlösser bauen, stelle mir aber für die dauerhaft zugewiesenen Menschen eine Unterbringung in möglichst abgeschlossenen Wohneinheiten vor. So soll es den Menschen ermöglicht werden, ein hohes Maß an Eigenverantwortung zu tragen und ein selbstständiges und selbstbestimmtes Familienleben zu führen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein weiteres dringliches Thema ansprechen, das für unsere Stadt von besonderer Bedeutung ist.

Wie wir alle wissen, ist die Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt seit langem sehr angespannt. Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, fällt es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, meine Damen und Herren, in einer angemessenen und menschenwürdigen Umgebung zu wohnen. Große Sorge bereitet mir aus diesem

Grund nach wie vor die Situation in den sogenannten „Problem-Immobilien“, die von international agierenden Finanzinvestoren als Spekulationsobjekte erworben werden; in diese fließen somit keinerlei Mittel für die Sanierung oder die Erhaltung.

Insbesondere in großen Wohneinheiten und Hochhäuserkomplexen kommt es immer wieder zu massiven Verstößen und Vernachlässigung seitens einiger Vermieter: Dringend notwendige Sanierungen unterbleiben, und Häuser verkommen gezielt zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner. Ich danke in diesem Zusammenhang herzlich den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mieterberatungsstellen in den Stadtteilen. Sie bieten den Menschen vor Ort tatkräftige Unterstützung an, wenn es um die Durchsetzung von Mietminderungen oder notwendigen Instandsetzungsarbeiten geht.

Auch in gesamtstädtischer Hinsicht ist der soziale Wohnungsbau ein vordringliches Thema. In der letzten Sitzung des Rates der Stadt Köln im Dezember 2013 wurde mehrheitlich in Ergänzung des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms ein Sonderprogramm beschlossen. Es beinhaltet, dass Investoren, die mit Fördermitteln des Landes oder der Stadt Köln Wohnungen in Stadtteilen mit einem besonders großen Bedarf an preiswertem Wohnungsbau neu bauen, zusätzlich einen einmaligen städtischen Investitionskostenzuschuss von 150 Euro je Quadratmeter Wohnfläche von Wohnungen der Einkommensgruppe A erhalten. Dieses Sonderprogramm startete am 1. Januar 2014. Ich bin zuversichtlich, dass damit wichtige Weichen für eine Verbesserung im sozialen Wohnungsbau in Köln gestellt werden können.

Ein weiterer Ratsbeschluss betrifft das sog. „Kooperative Baulandmodell“. Demnach muss bei planungsbedürftigen Bauvorhaben ab einer bestimmten Größenordnung der Anteil des öffentlich-geförderten Wohnungsbaus 30 Prozent betragen.

Es ist mir sehr wichtig, meine Damen und Herren, dass bezahlbarer Wohnraum im gesamten Kölner Stadtgebiet zur Verfügung steht. Einer Verdrängung zum Beispiel von einkommensschwächeren Familien und Senioren in die Randgebiete Kölns und einer stetigen Verteuerung der Stadtteile innerhalb des Gürtels müssen wir entgegenwirken. Auch hier ist die Solidarität mit den schwächeren Mitgliedern unserer Stadtgesellschaft gefragt. Ebenso geht es um den Erhalt der nachbarschaftlichen Beziehungen und gewachsenen Sozialstrukturen.

Meine Damen und Herren,
unsere Stadtgesellschaft kann nur gemeinsam und im Zusammenspiel aller Verantwortlichen die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Jeder von uns kann sich einbringen, um ein solidarisches und soziales Umfeld zu gestalten. Ich danke ganz ausdrücklich all denen, die dies jeden Tag umsetzen und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.